

Ist Europa international handlungsfähig?

Die EU in internationalen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2001

Elke Thiel

Die Europäische Union ist durch ihr weltwirtschaftliches Gewicht, ihr europäisches und internationales Beziehungsnetz und als Gravitationszentrum europäischer Integration längst zu einem wichtigen Akteur in der Globalisierung und Regionalisierung geworden. Sie ist ein »notwendiger Partner« und kann die ihr verfügbaren Instrumente auch wirkungsvoll einsetzen. Im Vorfeld des Konvents »Zur Zukunft Europas«, der die Aufmerksamkeit auf die inneren Konsolidierungsprobleme der EU zieht, zeigen die Beiträge verschiedener Autoren zu den Außenbeziehungen der EU deren zunehmende internationale Bedeutung auf sowie die Erwartungen, die von der Außenwelt in die europäische Einigung gesetzt werden. Angesprochen werden unter anderem das Problem der Kohärenz der supranationalen und intergouvernementalen außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten, die Anpassung der gemeinsamen Handelspolitik an die Anforderungen der WTO und die Politik der EU im Bereich der Konfliktprävention. Bemerkenswert ist insbesondere auch, daß angelsächsische Autoren die Chancen europäischer Integration für die Euro-Atlantische Partnerschaft wieder stärker thematisieren.

Größtes Handicap der EU als internationaler Akteur sei, so wird oft behauptet, die ihr fehlende politische Identität. Für **Ralf Roloff** – Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr, Hamburg – ist die Identitätsfrage jedoch eher zweitrangig. Entscheidend sind die Effektivität und Effizienz des Handelns im Spannungsfeld von globalen Strukturveränderungen und EU-internen Entwicklungen. Die Mitgliedstaaten haben Fähigkeiten zur Supranationalität sowie zu transnationaler und multilateraler Kooperation innerhalb des Integrationsverbundes und auch in den Außenbeziehungen entwickelt. Sie

haben damit notwendige, wenn auch noch nicht hinreichende Voraussetzungen für ein internationales Handeln der EU geschaffen. Drei Problembereiche werden von Roloff herausgestellt:

- ▶ Die Kohärenz zwischen den supranational organisierten Instrumenten der Außenwirtschaftspolitik und der intergouvernemental geführten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).
- ▶ Die Frage der Flexibilisierung der Integration im Bereich der Außenpolitik.
- ▶ Die Möglichkeit einer »konsortialen Führung« durch Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

Der Autor sieht in dem »verzahnten Dualismus« von Supranationalität und Inter-gouvernementalität einen entwicklungs-fähigen Mechanismus. Er bietet die beste Gewähr dafür, daß die gemeinschaftlichen Interessen mit den jeweiligen nationalen Interessen in Einklang gebracht werden. Die äußere Handlungsfähigkeit der EU wird insbesondere davon abhängen, ob und wie eine kohärente und komplementäre Ausgestaltung von Außenwirtschaftspolitik und Außenpolitik gelingt.

Skeptisch beurteilt der Autor die Möglichkeiten, die Handlungsfähigkeit der EU durch Formen der Flexibilisierung zu verbessern. Für die EU mit 27 Mitgliedstaaten dürfte eine integrationspolitische Differenzierung zwar unumgänglich sein. Die Komplexität der Strukturen, mangelnde Transparenz und Legitimität könnten jedoch verhindern, daß die angestrebte Effektivitätssteigerung erreicht wird. Die Gefahr einer »Euro-Paralyse« sieht Ralf Roloff durch Ansätze differenzierter Integration noch keineswegs gebannt.

Eine konsortiale Führung könnte zweifellos zu mehr Effektivität und Effizienz des Handelns in der Weltpolitik beitragen. Sie verlangt jedoch eine »Quadratur des Kreises«: den Ausgleich zwischen den Interessen der großen und der kleinen Mitgliedstaaten und eine anhaltende Interessenkonvergenz der drei Großen, insbesondere mit Blick auf Großbritannien.

Nicht auf der Höhe des globalen Systems

Das Handeln der EU ist – so Roloff – insbesondere daran zu messen, ob und wie es ihr gelingt, »das Management komplexer Interdependenzen und das kooperative Gleichgewicht zwischen den führenden Weltwirtschaftsregionen pro-aktiv zu gestalten«. Wie schwer es den Mitgliedstaaten fällt, die EU mit den hierfür erforderlichen Zuständigkeiten auszustatten, belegen **Horst Günter Krenzler**, langjähriger Generaldirektor für Außen-

beziehungen bei der EU-Kommission, und **Christian Pitschas** für die gemeinsame Handelspolitik. Als eines der ersten Gemeinschaftsinstrumente war sie, den Anforderungen des damaligen GATT-Systems entsprechend, für den traditionellen Güterhandel konzipiert. Mit der Uruguay-Runde wurde der Regelungsbereich der internationalen Handelspolitik erheblich ausgeweitet, insbesondere durch die Abkommen über den Dienstleistungshandel (GATS) und zum Schutz geistigen Eigentums.

Bestrebungen, die EU-Kompetenzen wieder auf die Höhe des globalen Regimes zu bringen, haben mit dem Nizza-Vertrag einen Rückschlag erlitten. Krenzler und Pitschas kommentieren: »The aim was not to make the Community better capable of acting internationally but to ensure the possibility of single Member States to block this capacity.« Die Autoren analysieren die Verhandlungssituation und die im neuen Artikel 133 EGV niedergelegten Ergebnisse:

Wenn der Vertrag in Kraft tritt, kann die EU grundsätzlich – mit qualifizierter Mehrheit und ohne nochmalige Ratifizierung der Mitgliedstaaten – internationale Abkommen über den Dienstleistungshandel und über handelsrelevante Fragen des Schutzes von geistigem Eigentum schließen. Es gibt allerdings verschiedene Ausnahmen, bei denen die Mitgliedstaaten die Oberhand behalten haben, darunter kulturelle und audiovisuelle Dienstleistungen sowie Übereinkommen, welche Bestimmungen enthalten, die nach EU-internen Vorschriften Einstimmigkeit erfordern.

Besonders gravierend ist die Regelung über sogenannte horizontale Abkommen. Ist nur für einen, wenn auch kleinen Punkt der meist umfangreichen internationalen Verträge ein einstimmiger Ratsbeschuß erforderlich, muß das gesamte Abkommen einstimmig angenommen werden. Themen der bevorstehenden neuen Welthandelsrunde, wie Direktinvestitionen oder Umweltfragen, sind in der Neufassung von Artikel 133 noch gar nicht vorgesehen. Man hätte sich, so die Autoren, einen dynamischeren Ansatz gewünscht.

Kapazität zur Konfliktprävention

Die Verhütung von Konflikten und die Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit waren stets besondere Anliegen der EU in der Kooperation mit anderen Ländern und Regionen. Die Politik und die Instrumente, die der EU zur Konfliktprävention zur Verfügung stehen, analysiert

Christopher Hill, Professor für Internationale Beziehungen an der London School of Economics. Ihre konfliktpräventiven Maßnahmen sind im wesentlichen auf längerfristige Wirkung angelegt, *faute de mieux*, solange die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) nicht voll entwickelt ist. Ungeachtet der bekannten Schwierigkeiten in der GASP kann die EU aber doch bemerkenswerte diplomatische Leistungen aufweisen.

Die EU hat die wirtschaftlichen Mittel zu belohnen. Sie hat technische und administrative Kapazitäten, um Stabilisierungsmaßnahmen anzubieten oder zu unterstützen, und sie hat – vor allem in ihrem europäischen Umfeld – Verhandlungsmöglichkeiten, die andere Akteure nicht besitzen. Der große komparative Vorteil der EU ist ihre »power of attraction«. Die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft und die hierfür notwendige Erfüllung politischer Kriterien hat mit dazu beigetragen, daß Konflikte in und zwischen den Kandidatenländern nicht ausbrechen.

Allerdings nimmt der Einfluß mit zunehmender Entfernung von der EU – und von einem EU-Beitritt – ab. Die EU muß sorgfältig prüfen, welche Alternativen sie Ländern anbieten kann, die auf absehbare Zeit keine Beitrittsoption haben.

Hill plädiert für stärkere Differenzierung: Die EU sollte den Bogen nicht zu weit spannen. Sie muß erkennen, wo sie etwas erreichen kann und wo sie mit vergeblichen Bemühungen um Konfliktprävention nur Glaubwürdigkeit verliert. Ihre Chancen liegen eher auf dem eigenen Kontinent als anderswo.

Zwiespältige EU-Politik im westlichen Balkan

Auch wenn der Kosovo-Krieg nicht verhindert werden konnte, so ist doch allen Konfliktparteien klar geworden, daß sie nur dann in den Genuß von Hilfsleistungen, Handelspräferenzen und Assoziierungsabkommen gelangen, wenn sie mit der EU – und natürlich der NATO – zusammenarbeiten. Die Attraktivität, die Hill der EU im westlichen Balkan bescheinigt, birgt für **Rafael Biermann** – Leiter der »Task Force Südosteuropa« am Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bonn – zugleich die Gefahr, daß sich die EU mit ihren Versprechungen übernimmt.

Unter dem Eindruck der NATO-Luftoperationen, und um diese möglichst bald zu beenden, hat Deutschland den Stabilitätspakt als »Instrument struktureller Konfliktprävention« initiiert. Gleichzeitig wurde den Staaten des westlichen Balkans eine Perspektive für den EU-Beitritt eröffnet, auf die sie sonst vermutlich noch lange hätten warten müssen. Um diese Zusage ist in der EU heftig gerungen worden: Müßte man nicht zuvor prinzipiell klären, wie weit die Grenzen der EU überhaupt reichen sollen? Werden nicht unrealistische Hoffnungen geweckt, die später zu schweren Enttäuschungen führen? Vor 2015 – vielleicht auch erst 2020 – wird wohl kein Land des westlichen Balkans in die EU aufgenommen werden.

Der Autor sieht die Balkan-Politik der EU in einer Orientierungskrise. Die Übernahme des *acquis communautaire* schreitet in allen Ländern voran; ohne gravierende politische Folgen in der Region läßt sich die Perspektive des Beitritts nicht mehr ernsthaft in Frage stellen. Zugleich gerät die Beitrittsperspektive für den Balkan in das »Fahrwasser wachsender Europaskepsis«, die den Sinn der EU-Erweiterung und die Finalität der Europäischen Union in Frage stellt.

Harte oder weiche Grenzen für die sich erweiternde EU?

Durch die schrittweise Erweiterung der EU und die Ungewißheit über ihre endgültige geographische Ausdehnung entsteht ein Dilemma, das **Jan Zielonka** – European University Institute, Florenz – eingehender analysiert: die sukzessive Verschiebung der Grenze zwischen EU-Ins und Pre-Ins. Der Autor verweist auf den grundsätzlichen Konflikt zwischen der EU-Erweiterung und dem Ziel, das sich ausdehnende EU-Territorium im Rahmen des Schengen-Regimes durch sichere Außengrenzen zu schützen. Die Erweiterung soll die Teilung Europas überwinden; die harten Schengengrenzen schaffen aber neue Trennungslinien.

Zielonka argumentiert, daß »harte Grenzen« im Zeitalter der Globalisierung kaum durchsetzbar sind und die Probleme von Migration und internationaler Kriminalität auf andere Weise gelöst werden müssen. Es ist besser, in die Zusammenarbeit von Polizei- und Sicherheitsbehörden zu investieren als in Grenzposten und aufwendige Kontrollsysteme. Sein wichtigster Punkt ist jedoch: Die EU ist nicht der Typ eines »Westphalian (federal) state with a central government in charge of a given territory with clear-cut borders.« Sie sollte sich daher auch nicht durch ihre Grenzen, sondern durch gemeinsame Bindungen identifizieren.

Unverzichtbarer Partner

Die USA brauchen Partner; unilaterales Agieren zahlt sich nicht aus! Japan ist mit seinen eigenen wirtschaftlichen und politischen Reformen beschäftigt, Südostasien durch die Finanzkrise und die noch unvollständige Demokratisierung geschwächt. Für **William Wallace** – Professor für Internationale Beziehungen an der London School of Economics und Mitglied des House of Lords – ist daher Europa als Partner unverzichtbar, um zu verhindern, daß die globale Führungsmacht der USA in

die Unilateralität abdriftet. Die Bush-Administration mag – wie andere zuvor – von der Umständlichkeit europäischer Politik enttäuscht sein. Dennoch bewegt sich die EU nach vorne, insbesondere in einer Reihe von Politikbereichen, die – wie die gemeinsame Währung und ESVP – die transatlantischen Beziehungen verändern.

Irritationen gibt es auf beiden Seiten, wie der Autor in diesem vor dem 11. September 2001 geschriebenen Beitrag darlegt: Die USA haben die EU als Wirtschaftspartner anerkannt; die Vorstellung, mit ihr auch politische und militärische Verantwortung zu teilen, muß sich erst noch durchsetzen. Europa sieht die USA damit beschäftigt, gegen »rogue states« mit militärischen Mitteln vorzugehen; Bereitschaft, in den längerfristigen politischen Wandel dieser Länder zu investieren, scheint dagegen kaum zu bestehen.

Besonders weit auseinander liegen die Auffassungen über die »westliche« Strategie im Mittleren Osten. Mit 12–15 Millionen Muslimen, die mittlerweile in der EU leben, haben sich die Beziehungen zwischen Europa und der islamischen Welt in den letzten 40 Jahren beträchtlich gewandelt. Europäische Politiker verfolgen die »twists and turns« amerikanischer Politik in der Region mit wachsender Skepsis. Sie sehen sich zugleich durch den Anspruch Washingtons auf eine diplomatische Vormachtrolle im Mittleren Osten blockiert.

Im Zuge der Globalisierung haben die USA wie die europäischen Staaten autonome Handlungsfähigkeit eingebüßt. Die amerikanische Führungsrolle im westlichen Bündnis läßt sich für den Autor nur aufrechterhalten, wenn die USA ihre Partner von ihrem außenpolitischen Konzept überzeugen können. Wallace plädiert für eine gleichgewichtigere transatlantische Partnerschaft, die den gewachsenen Fähigkeiten der EU, den Chancen, die die Erweiterung von EU und NATO zu bieten hat, sowie den außenpolitischen Interessen beider Seiten besser Rechnung trägt. Eine solche Neubesinnung läge nicht nur im gegenseitigen Interesse von USA und EU.

Sie ist – so betont der Autor – zugleich auch »crucial for the stability and prosperity of the post-Cold War world.«

Mehrdimensionales Burden-sharing

In der amerikanischen Europa-Perzeption ist die Frage der Lastenteilung – trotz großer Veränderungen – noch immer relevant. **Malcom Chalmers** – Professor für Internationale Politik, Universität Bradford – macht die Burden-sharing-Debatte zum Angelpunkt seiner Analyse der transatlantischen Beziehungen. Der Autor legt seinen Ausführungen ein breites, mehrdimensionales Konzept internationaler Lastenteilung zugrunde. Es akzeptiert, daß die Beiträge in einzelnen Bereichen durchaus unterschiedlich hoch sein können, und läuft damit auf ein Konzept internationaler »Arbeitsteilung« hinaus.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten zahlen nicht nur dreimal soviel Entwicklungshilfe wie die USA und einen doppelt so hohen Beitrag zum UN-Budget. Mit der Einbeziehung der Nachbarstaaten in die Integration trägt die EU auch ganz erheblich zur Konfliktprävention bei.

Chalmers hebt insbesondere die größere Bereitschaft der Europäer hervor, die Bildung multilateraler Regime zu fördern. Aufgrund ihrer Erfahrungen sind die EU-Staaten eher gewillt, Souveränität zu teilen. Die USA begreifen Globalität und Multilateralität als Bedrohung der Souveränität.

Angesichts der vielfach ambivalenten Haltung der USA gegenüber internationalen Organisationen und Übereinkommen sieht der Autor eine Aufgabe der Europäer vor allem darin, multilaterale Regime auch dann am Leben zu halten, wenn sich die USA – wie bei der Klima-Konvention – vorübergehend daraus zurückziehen. In der UNO ist es unter anderem durch proportional höhere europäische Haushaltszahlungen gelungen, die USA einzubinden.

Der Autor warnt jedoch: Wenn nicht jede Seite einen, und sei es auch minimalen, Beitrag beisteuert – ob zu den Trup-

pen im Kosovo oder zur Verminderung des Treibhauseffekts –, droht eine Fragmentierung des atlantischen Dialogs »with each side talking past the other«.

Euro-Atlantische Ostpolitik

Jede Analyse der Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen muß für **Simon Serfaty** – Professor für amerikanische Außenpolitik und Direktor für Europäische Studien am Center for Strategic and International Studies in Washington – mit einer Einschätzung der Entwicklungsperspektiven der Europäischen Union und der Beziehungen Europas zu den USA beginnen. Nicht daß Rußland selbst keine Rolle spielt; das Land stehe jedoch erst am Anfang eines sehr ungewissen Transformationsprozesses. Sicher sei nur, daß das Verhältnis mit Rußland – bei allen sonstigen Unwägbarkeiten – eben auch dadurch bestimmt wird, wie sich die EU und die transatlantischen Beziehungen entwickeln.

Die europäische Integration ist – so der Autor – in die Phase der Finalitätsbestimmung eingetreten. Auch wenn Serfaty Rückschlüsse nicht ganz ausschließen will – »the idea of Europe could still turn sour« –, sieht er für Europa kaum eine andere Option als die Integration. Schon weil sie für die Europäer so lebenswichtig ist, haben auch die USA ein zentrales Interesse an der EU sowie an der Festigung der transatlantischen Dimension ihrer Außenbeziehungen.

Ein geeintes Europa, das seine Stärke aus der einheitlichen Währung sowie zukünftig auch der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik bezieht, kann »counterweight« oder »counterpart« der USA sein. Ersteres suggeriert eine Gegenspielerschaft, die für die USA Schwierigkeiten mit sich bringen könnte. Nach Einschätzung des Autors sprechen die bisherigen Erfahrungen allerdings eher für eine EU als »counterpart«. Alles, was in den letzten 50 Jahren in Europa stattgefunden hat, war im Grunde vorteilhaft für die USA; hinzu kommt die Klammer der NATO.

Die frühere Sowjetunion hat die damalige Europäische Gemeinschaft nie als etwas Eigenständiges akzeptiert. Sie galt als eine Art »NATO ohne Amerika«, die sie hie und da gegen die USA auszuspielen versuchte. Nach der Wende hat sich Moskau stärker der EU zugewandt. Putin hat im Juli 2000 den Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der EU die zweithöchste Priorität eingeräumt – nach denen zur Gemeinschaft mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (GUS), aber vor den Beziehungen zu den USA und zu China.

Wenn die USA und die EU im Umgang mit Rußland etwas erreichen wollen, müssen sie »als Tandem« agieren. Ihre Konsultationen mit Rußland »should not include any issue over which differences between Europeans and Americans are greater than either side's differences with Russia«. Andernfalls würde man Rußland eine indirekte Mitsprache in transatlantischen Angelegenheiten zugestehen, zum Beispiel in der Frage der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der Raketenabwehr und der NATO-Erweiterung. Wenn sich die USA und die EU einig werden, ist das für Simon Serfaty zugleich auch der beste Weg für den Umgang mit Rußland.

Das Dreieck: EU–USA–Lateinamerika

Regionale Integration kann die Vorzüge des Welthandels nicht ersetzen. Für die Staaten Lateinamerikas sind nicht allein die USA, sondern eben auch die EU unverzichtbare Wirtschaftspartner. **Felipe de la Balze** – Direktor des Consejo Argentino de Relaciones Internacionales und Professor für Weltwirtschaft, Buenos Aires – plädiert für eine strategische Dreiecksbeziehung von USA, EU und Mercosur, dem »Markt des Südens« mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay sowie Chile, das seine Handelspolitik zur Zeit aber noch nicht in den Integrationsverbund eingegliedert hat.

Der Autor würdigt die bedeutenden Erfolge von Mercosur: »Die Vergangenheit

wurde gebannt«. Es besteht keine Gefahr der Rückwendung zu früheren protektionistischen Verhaltensweisen und zu den alten Mustern geopolitischer Konkurrenz. Von einem sehr niedrigen Niveau ausgehend hat sich der regionale Handelsaustausch erheblich gesteigert. Um jedoch ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erzielen und soziale Verbesserungen zu sichern, muß sich Mercosur stärker in die Weltwirtschaft integrieren.

Das Vorhaben einer All-Amerikanischen Freihandelszone – bis 2005 – ist beim Gipfeltreffen in Quebec im April 2001 vorangekommen. Die USA haben angedeutet, daß sie ein schnelleres Tempo bevorzugen würden. De la Balze appelliert an die EU, die seit 1999 mit Mercosur und Chile über Assoziationsabkommen verhandelt, sich als »ebenbürtiger Partner« zu erweisen. Er schlägt vier größere Initiativen vor:

- ▶ Die EU sollte das Engagement der USA begrüßen und unterstützen.
- ▶ Sie soll ihre Absicht ankündigen, eine Verständigung mit den USA über eine gemeinsame Ausrichtung beider Vorhaben herbeizuführen, und zwar mit Blick auf die Inhalte und den Zeitplan. Die Abkommen sollten möglichst schon 2003 in Kraft treten.
- ▶ Die Verhandlungen mit der EU sollten beschleunigt werden, damit das EU-Mercosur-Abkommen bereits beim nächsten EU-Lateinamerika-Gipfel Ende 2002 unterzeichnet werden kann.
- ▶ Ziel sollte eine »Gemeinschaft transatlantischer Demokratien« sein.

Der Autor verspricht sich von der Ankündigung einer europäisch-amerikanischen »Zwillingspartnerschaft« mit Mercosur einen »Multiplikatoreffekt«. Die Erwartungen und das Vertrauen in die Region würden gestärkt, Investitionstätigkeit und Wirtschaftswachstum davon profitieren. Politisch würde die Zwillingspartnerschaft die Konsolidierung der noch jungen Demokratien unterstützen.

Was Mercosur anstrebt, gibt es für Mexiko bereits: Mexiko gehört zur NAFTA, der seit dem 1. Januar 1994 bestehenden

Nordatlantischen Freihandelszone, und hat ein Freihandelsabkommen mit der EU geschlossen, das am 1. Juli 2000 in Kraft trat. **Jaime Zabludovsky**, der als ehemaliger Botschafter bei der EU die Verhandlungen geführt hat, unterstreicht die strategische Bedeutung: Die EU ist für Mexiko ohnehin schon der zweitgrößte Wirtschaftspartner. Doch erst durch das Freihandelsabkommen können die Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Bereits in den ersten fünf Monaten wuchs der bilaterale Handelsaustausch um 43 Prozent. Zusammen mit der NAFTA macht das Abkommen Mexiko zum »transatlantic hub« für Handel und Investitionen.

Can European Democracy Survive Globalization?

Durch die Globalisierung werden wesentliche Entscheidungen in Räume verlagert, die mit demokratischen Maßnahmen nicht zu kontrollieren sind. Das Unbehagen, das dadurch entsteht, macht sich in oftmals gewalttätigen Protesten Luft, wie beim WTO-Gipfel in Seattle oder beim Weltwirtschaftsgipfel in Genua.

Könnte die EU mit ihren gemeinsamen Institutionen der Ausweg sein, um den Herausforderungen der Globalisierung für die Demokratie zu begegnen? Für **Ralf Dahrendorf** – Mitglied im britischen Oberhaus und früherer Direktor der London School of Economics – ist das eine Illusion: Demokratie und Nationalstaat gehören untrennbar zusammen. Wird der Nationalstaat durch die Globalisierung geschwächt, leidet auch die Demokratie.

Die EU hält, jedenfalls in ihrer jetzigen Form, dem Demokratietest nicht stand. »Far from being a successful step in the direction of applying democracy beyond the nation-state, Europe proves that this is all but impossible to achieve.«

Diesem düsteren Bild setzt der Autor dann aber doch ein paar Lichter auf: Der Nationalstaat bleibt auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch der wichtigste

politische Raum, und die parlamentarische Demokratie wird damit auch keine »spent force«.

Jenseits des Nationalstaates, von der EU über die NATO bis zur UNO und zu den internationalen Wirtschaftsorganisationen, müssen wir einen Verlust an Demokratie eingestehen. Es gibt jedoch Wege, Entscheidungen durch effektive und transparente »checks and balances« kontrollierbarer zu machen.

Trotz aller Unzulänglichkeiten sieht Dahrendorf im Europäischen Parlament »at least good intentions«. Gleiches gilt für die parlamentarischen Gremien von Europarat, NATO und anderen internationalen Institutionen sowie für das weite Spektrum der Nicht-Regierungsorganisationen (NGO). Viele Bürger sind sich ihrer Rechte bewusst und treten für die Demokratie ein. Diese demokratische Gesinnung ist für ihn Anlaß zur Zuversicht. Denn ohne Demokraten kann es keine Demokratie geben.

Vorgestellte Aufsätze

Biermann, Rafael, Die europäische Perspektive für den westlichen Balkan. Die EU im Zwiespalt, in: Osteuropa (Stuttgart), 51 (August 2001) 8, S. 922–937

Chalmers, Malcolm, The Atlantic Burden-sharing Debate – Widening or Fragmenting?, in: International Affairs (London), 77 (Juli 2001) 3, S. 569–585

Dahrendorf, Ralf, Can European Democracy Survive Globalization?, in: The National Interest, (Herbst 2001), S. 17–22

De la Balze, Felipe A. M., Ebenbürtige Partner. Der Mercosur, die Europäische Union und die USA, in: Internationale Politik, 56 (September 2001) 9, S. 9–16

Hill, Christopher, The EU's Capacity for Conflict Prevention, in: European Foreign Affairs Review (London), 6 (Herbst 2001) 3, S. 315–333

Krenzler, Horst Günter/Pitschas, Christian,

Progress or Stagnation? The Common Commercial Policy after Nice, in: European Foreign Affairs Review (London), 6 (Herbst 2001) 3, S. 291–313

Roloff, Ralf, Die Außenbeziehungen der Europäischen Union zwischen Globalisierung und Regionalisierung, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft (Baden-Baden), 11 (2001) 3, S. 1045–1072

Serfaty, Simon, A Euro-Atlantic Ostpolitik, in: Orbis (New York/N.Y.), 45 (Herbst 2001) 4, S. 597–607

Wallace, William, Europe, the Necessary Partner, in: Foreign Affairs, 80 (Mai/Juni 2001) 3, S. 16–34

Zabludovsky, Jaime, The Mexico–EU Free Trade Agreement. A Strategic Instrument to Position Mexico as the Transatlantic Hub for Trade and Investment, in: European Foreign Affairs Review (London), 6 (Sommer 2001) 2, S. 147–154

Zielonka, Jan, How New Enlarged Borders Will Reshape the European Union, in: Journal of Common Market Studies (Oxford), 39 (September 2001) 3, S. 507–536

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung
und Realisierung
Buchendorf